



Stans, 3. September 2026

Medienmitteilung

Die SVP anerkennt positive Entwicklung der Sozialhilfekosten, sieht fehlende statistische Erfassung der Kosten im Asyl- und Flüchtlingsbereich kritisch.

Die SVP Nidwalden nimmt die Medienmitteilung des Regierungsrates vom 3. September zur Entwicklung der Sozialhilfekosten zur Kenntnis. Der Regierungsrat hält fest, dass die Sozialhilfekosten der Gemeinden in den vergangenen zehn Jahren gesunken sind und Nidwalden weiterhin eine der tiefsten Sozialhilfequoten der Schweiz aufweist. Gleichzeitig bestätigt er, dass die Kosten im Asyl- und Flüchtlingsbereich nicht separat ausgewiesen werden können, da die Statistik den ausländerrechtlichen Status nicht erfasst. Für die SVP ist genau dieser Punkt zentral: Ohne klare Zahlen bleibt unklar, wie stark die Gemeinden tatsächlich durch Sozialhilfekosten im Asylbereich belastet werden. Die Rückerstattungen der Gemeinden an den Kanton über den Flüchtlingspool sind in den letzten Jahren deutlich gestiegen und erreichten 2025 rund 758'000 Franken.

«Der Regierungsrat bestätigt, dass die Kosten im Asylbereich nicht ausgewiesen werden können. Genau das ist das Problem. Die Gemeinden brauchen Transparenz, damit sie ihre Aufgaben verantwortungsvoll planen können», hält Landrat Toni Niederberger fest.

«Die steigenden Rückerstattungen zeigen klar, dass die Belastung zunimmt. Wir erwarten, dass der Regierungsrat die Finanzierungssystematik überprüft und beim Bund konsequent für mehr Handlungsspielraum und Entlastung eintritt», ergänzt Landrat Bruno Dremmel.

Die SVP anerkennt die insgesamt positive Entwicklung der Sozialhilfekosten, sieht aber die fehlende statistische Erfassung der Kosten im Asyl- und Flüchtlingsbereich kritisch. Die steigende Belastung der Gemeinden trotz sinkender Gesamtsozialhilfe zeigt, dass die aktuelle Finanzierungssystematik überprüft werden muss. Zudem braucht es eine konsequente Umsetzung des Asylrechts, rasche Verfahren auf Bundesebene und keinen automatischen Übergang vom Schutzstatus S zur Aufenthaltsbewilligung B.

Die SVP unterstützt die eingereichte Standesinitiative, erwartet jedoch, dass Nidwalden gegenüber dem Bund noch klarer und konsequenter auftritt, um die Gemeinden langfristig zu entlasten.

Bei Fragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Roland Blättler

Landrat SVP Stansstad

Kantonal-Präsident SVP Nidwalden

Mobile: +41 78 914 15 39

Mail: roland.blaettler@svp-nw.ch

Web: www.svp-nw.ch